

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Solarpark Grassau 2" der Stadt Schönewalde - Wesentliche, bereits vorliegende umweltbezogene Stellungnahmen

1 Landkreis Elbe-Elster; Stellungnahme vom 22.05.2024

1.1 Untere Denkmalschutzbehörde

Zu o. g. Planung sind nachfolgende Träger öffentlicher Belange direkt vom Einreicher zu beteiligen, falls das nicht schon geschehen ist:

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
Abteilung Praktische Denkmalpflege
Wünsdorfer Platz 4 - 5
15806 Zossen (OT Wünsdorf)

Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
Abteilung Bodendenkmalpflege
Referat Großvorhaben/ Sonderprojekte/ Braunkohle
Wünsdorfer Platz 4 – 5
15806 Zossen (OT Wünsdorf)

1.2 Gesundheitsamt

Die Stellungnahme des Gesundheitsamtes Elbe-Elster bezieht sich auf die von Ihnen am 23.04.2024 eingereichten Unterlagen mit den entsprechenden Plänen und Erläuterungen. Die Errichtung der o. g. Freiflächen-Photovoltaikanlage ist in der Gemarkung Grassau, nordwestlich der Ortslage, geplant.

Gegen das o. g. Vorhaben bestehen von Seiten des Gesundheitsamtes bei fach- und sachgerechter Ausführung keine grundsätzlichen Bedenken.

Die Freiflächen-Photovoltaikanlage ist so zu erstellen, zu betreiben und zu kontrollieren, dass nachteilige Auswirkungen auf die Gesundheit der Wohnanlieger, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind, ausgeschlossen werden.

Wir machen darauf aufmerksam, dass durch unsere Stellungnahme andere Zuständigkeitsbereiche nicht berührt werden.

1.3 Untere Naturschutzbehörde

SB Eingriffsregelung

Wie in den textlichen Festsetzungen Kapitel 3, Nr. 1.2.2 dargelegt, soll **...Die Grundfläche aller Versiegelungen (GR) 0,1 betragen...**. Bei einer überbaubaren Fläche von 16,7 ha, entspricht das 1,67 ha Versiegelungsfläche.

Für die textlich festgesetzten Versiegelungsflächen muss der Bebauungsplan eine adäquate Kompensation (siehe HVE – Brandenburg, 2009) vorhalten.

Biotopschutz und Natura 2000:

Keine Hinweise und Anmerkungen.

Artenschutz:

Artenschutzrechtliche Belange wurden nicht abschließend betrachtet.

Pflege des Solarfeldes

Durch die Pflege des zukünftigen Solarparks können artenschutzrechtliche Verbote berührt werden. PV- Anlagen-Betreiber unterliegen keiner landwirtschaftlichen Privilegierung, sodass die signifikante Tötung ausgeschlossen werden muss. Folglich ist den Antragsunterlagen ein Pflegekonzept unter Berücksichtigung des Artenschutzes beizufügen. Zum Schutz von Bodenbrütern ist der Mahdzeitpunkt entsprechend anzupassen. Überwiegend endet die Brutzeit ab Mitte August und nicht Mitte Juni (vgl. VAFB1 Bauzeitenregelung). Die Flächen sind mit einem Balkenmäher zu mähen. Bei der Mahd sind keine Rotationsmähwerke einzusetzen. Die Mahd ist mit einer Schnitthöhe von 10 cm oder höher durchzuführen.

Weiterhin wird eine alternierende Mahd bzw. Staffelmahd empfohlen, um Tieren die Flucht in ungemähte Bereiche zu ermöglichen. Jährlich wechselnde Teilbereiche können auch ungemäht verbleiben und dienen dann als Überwinterungsquartier für Insekten (hohle Stängel) und z. B. Vögel nutzen die Samen als Winterfutter.

Sonstiges:

Das im AFB benannte Gutachten „Photovoltaik-Anlage Grassau 2 - Faunistische Untersuchung und Biotoptypenkartierung“ (NATUR+TEXT GMBH 2023) liegt den Planungsunterlagen nicht bei. Bitte um Nachreichung.

Landschaftsplanung (Fr. Marunke)

Gemäß dem Landschaftsrahmenplan (LRP) des Landkreises Elbe-Elster, mit der Biotopverbundplanung als Fortschreibung des LRP aus dem Jahr 2010, befindet sich das Vorhabengebiet innerhalb eines „unzerschnittenen verkehrsarmen Raumes > 100 km² mit sehr hoher Bedeutung für den Biotopverbund“ und dem Ziel des Erhalts der Unzerschnittenheit.

Diesem Ziel wird nicht entsprochen, da es sich hierbei um eine technische und vollständig eingezäunte Anlage handelt. Der Verzicht auf eine gesonderte Verkehrserschließung räumt Konflikte, in Bezug auf die Unzerschnittenheit der Landschaft, nicht aus (gem. Begründung - Vorentwurf – „Solarpark Grassau 2“, Architekten Wäßerling + Lüdke, 31.01.2024, S. 10).

Um negative Auswirkungen auf den Biotopverbund und das Landschaftsbild zu minimieren, werden folgende Hinweise gegeben:

1. Durch eine **naturnahe Ausgestaltung** der Anlage kann die Biotopfunktion weitestgehend erhalten bleiben. Hierfür wird eine Flächenüberstellung von maximal 40 % empfohlen, um u.a. Brutmöglichkeiten für Offenlandarten zwischen den Modulreihen sowie ausreichend besonnte Flächen für Wirbellose und die Herpetofauna zu schaffen. Eine Überbauung mit Modultischen von 70 % führt dagegen zur Minimierung potenziell geeigneter Lebensstätten und zur Beeinträchtigung der flächigen hin zu einer abschnittsweise konzentrierten Versickerung. Ein **Abstand zwischen den Modulreihen** von 3,5 m sollte dabei auf keinen Fall unterschritten werden. Ein Abstand von 5 m und mehr ist wünschenswert und ermöglicht zudem den Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen (Arbeitsbreite ca. 6 m). Die angegebene Grundflächenzahl von 0,70 sollte demnach reduziert werden (Umweltbericht zum Vorentwurf „Solarpark Grassau 2“, Architekten Wäßerling + Lüdke, 31.01.2024, S. 8).
2. Ab einer Länge von 500 m ist die zerschneidende Wirkung und die Barrierefunktion auf umliegende Biotope stark ausgeprägt, weshalb ein **Wanderkorridor** als Querungshilfe einzuplanen ist. Da der hier geplante Solarpark sowohl in seiner Breite als auch in seiner Länge den Richtwert von 500 m übersteigt, ist die Anlage eines ausreichend

dimensionierten Wanderkorridors vorzunehmen. Dieser sollte eine Breite von 50 m nicht unterschreiten und naturnah gestaltet sein. Für die Festlegung eines geeigneten Verlaufs des Wanderkorridors sind Wildwechsel, jagdliche Einrichtungen, Kirtungen sowie bestehende Zäune plausibel darzustellen. Neben den Wildwechseln von Rot-, Schwarz- und Rehwild sind auch mögliche Wanderbewegungen des Wolfes zu betrachten.

3. Insgesamt ist das **Mähen** oder die **Beweidung** der Fläche in extensiver Weise vorzunehmen, mit einer mindestens 8-wöchigen Pause zwischen den Nutzungsintervallen, im Falle einer zweischürigen Mahd. Die Mahd sollte abschnittsweise erfolgen, um insbesondere Wirbellosen die Abwanderung in noch nicht gemähte Bereiche zu ermöglichen. Das Mahdgut ist abzutransportieren. Hierbei ist hervorzuheben, dass die **Entstehung von Scherrasen** durch dauerhaft niedrigen Bewuchs zwingend zu **vermeiden** ist. Damit eine Beweidung perspektivisch durchgeführt werden kann, ist auf eine **verbissichere Verkabelung** zu achten.

Unter Beachtung der o.g. Hinweise, insbesondere im Hinblick auf einen ausreichend dimensionierten und naturnah ausgestalteten Wanderkorridor, kann das Vorhaben mit den landschaftsplanerischen Belangen in Einklang gebracht werden.

Gehölzschutz (Hr. Hackel)

Alle Bäume, die nicht zum Erhalt festgesetzt werden und nicht zum Wald im Sinne des Waldgesetzes zählen, sind unter Angabe der Art und des Stammumfanges (auf einen Meter Höhe gemessen), abzubilden. Für alle Gehölze (Bäume und Sträucher) sind die Ersatzstandorte der Ausgleichspflanzungen zu benennen. Der Ersatz für die Bäume richtet sich nach der Verordnung des Landkreises Elbe-Elster zum Schutz von Bäumen und Hecken (Gehölzschutzverordnung - GehölzSchVO EE) vom 12. Februar 2013. Für alle anderen Gehölze berechnet sich der Ersatz nach dem Umfang in Quadratmeter.

1.4 Untere Wasserbehörde

Einvernehmenserklärung/Zustimmungserklärung zum Bauvorhaben

Die untere Wasserbehörde hat unter Berücksichtigung des Hinweises keine Einwände gegen die Planung:

An der südlichen Grundstücksgrenze befindet sich ein Gewässer II. Ordnung (Graben 1 Kat.-Nr.: 2.5.2.1). Es wird darauf hingewiesen, dass der Abstand zum vorhandenen Graben gemäß § 87 Brandenburgisches Wassergesetz (BbgWG in der Fassung der Bekanntmachung vom 02. März 2012 (GVBl.I/12, [Nr. 20]) einzuhalten ist (bei Gewässern II. Ordnung beträgt dieser fünf Meter von der Uferlinie landeinwärts). Bei eventuell auftretenden Standortfragen diesbezüglich, ist der zuständige Gewässerunterhaltungsverband zu beteiligen.

1.5 Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde

stimmt dem Vorhaben ohne weitere Hinweise und Ergänzungen zu.

1.6 Sachgebiet Landwirtschaft

Auf einer intensiv genutzten landwirtschaftlichen Fläche ist eine rund 19,8 Hektar umfassende Freiflächenphotovoltaik-Anlage in der Gemarkung Grassau geplant.

Wie durch Geologie geschaffen und daher in der Regel üblich, liegen heterogene Bodenverhältnisse vor. So ist auch die schwankende Bodenwertigkeit von 22 bis hin zu 33 Bodenpunkten zu begründen. Dadurch ist aber nicht, so wie in der Begründung beschrieben, auf ein geringes Ertragspotential zu schließen.

Verglichen mit den üblichen Bonitäten in Brandenburg ist dieser Standort als einer mit höheren Erträgen einzustufen.

Dazu ist allgemein anzumerken, dass landwirtschaftliche Nutzflächen ein stetig knapper werdendes Gut sind, weshalb es ratsam ist, auch Alternativen zu prüfen. Die Stadt Schönewalde hat bereits einen ganz erheblichen Verlust an Ackerland, durch die Ausdehnung der Stadt für Wohnraum, Infrastruktur und Gewerbegebieten an Landwirtschaftlichen Flächen verloren. Von den Landwirten wird erwartet, dass sie ihren Aufgaben als Nahrungs- und Futtermittelproduzenten gerecht werden. Der Boden ist eine nicht erneuerbare, begrenzte Ressource und erbringt eine Vielzahl von Ökosystemleistungen, dient der Erzeugung von Brennstoffen, Fasern sowie Futtermitteln mit der Atmosphäre als Bestandteil des Kohlenstoff- und Stickstoffkreislaufs.

Daher ist anzumerken, dass die Zweckbestimmung landwirtschaftlicher Nutzflächen darauf abzielt, Produkte für die menschliche und tierische Ernährung zu erzeugen und nicht, um Energie zu gewinnen. Auch wenn versucht wird, die Bodengüte als geringer und somit minderwertiger darzustellen, ist es dennoch zu hinterfragen, ob ein solches Projekt seine Berechtigung hat, denn den aktiv wirtschaftenden Betrieben wird Fläche entzogen, die aufgrund ihrer Arbeitsweise eine notwendige Existenzgrundlage darstellt.

Der Bau von Photovoltaikanlagen wirkt sich negativ auf das Landschaftsbild aus und die Produktion von Nahrungsmitteln geht verloren.

Die Alleinstellungsmerkmale der landwirtschaftlichen Unternehmen wie Bodenständigkeit,

Wertschöpfung im ländlichen Raum, als auch Lebensmittelproduktion vor der Haustür, werden durch die Klimaziele Deutschlands vernachlässigt.

So bieten bspw. Dachflächen, Fahrbahnen, Parkflächen, nicht landwirtschaftlich genutzten Flächen wie Deponien, Tagebauflächen oder Industriebrachen usw. eine gute Möglichkeit zur Energiegewinnung.

Dabei wird auch auf die Handlungsempfehlung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) bezüglich der Flächenwahl verwiesen, wonach Freiflächenphotovoltaikanlagen bevorzugt auf folgenden Flächen genutzt werden sollten:

- Flächen mit einem hohen Versiegelungsgrad (das sind z.B. Gebäude aller Art, Parkplätze, Fahrbahnen, befestigte Wege usw.).
- Flächen, deren Lebensraumfunktion erheblich beeinträchtigt ist (z.B. durch Stoffemissionen, Lärm oder Zerschneidung geprägte Flächen).
- Flächen mit einem durch technische Einrichtungen stark überprägten Landschaftsbild (z.B. durch Bebauung sowie Leitungstrassen oder Verkehrswege überprägte Landschaften, Verkehrsnebenflächen). Insbesondere Flächen in der Nähe von Hochspannungsleitungen (380/220 kV) sind sinnvoll nutzbar, da Anschlusswege für die Solarenergiefreiflächenanlagen kürzer möglich sind.
- Militärische oder wirtschaftliche (ehemalige Gewerbe- und Industrieflächen) Konversionsflächen andere vorbelastete/ versiegelte Flächen, Lagerplätze, Abraumphalden und ehemalige Tagebaugelände soweit sie nicht naturschutzfachlich wertvoll oder naturschutzrechtlich gesichert sind. Bei der Nutzung von Altstandorten oder Konversionsflächen ist wegen der geplanten Änderung der Flächennutzung auf Basis des BBodSchG eine Gefährdungsabschätzung zu veranlassen. Auf dieser Basis sind ggf. Rückbau bzw. die Entsiegelung der Flächen vorzusehen. Ebenso werden Bergbaufolgestandorte als geeignet angesehen.
- Hinsichtlich geeigneter Flächen muss eine Abwägung im Einzelfall erfolgen, da nicht pauschal auf die Ertragsfähigkeit und Bodenqualität abgestellt werden kann. So können ertragsschwache Böden einen hohen ökologischen Nutzwert bieten und auch ertragsstarke Böden zur Bebauung durch PV-FFA sinnvoll sein. Eine differenzierte einzelfallbezogene Betrachtung ist erforderlich.

Durch die entstehenden Probleme durch normale PV-Anlagen rät es sich, auf Agri-PV Anlagen zu setzen, da diese die Flächeneffizienz steigern und ebenfalls den Ausbau der PV-Leistung bei gleichzeitigem Erhalt fruchtbarer Ackerflächen für die Landwirtschaft oder in Verbindung mit der Schaffung artenreicher Biotopie ermöglichen. Das Nutzungskonzept muss sich dabei nach der vorgeschriebenen DIN SPEC 91434 richten.

Auch wird in der Handlungsempfehlung auf Agro-Photovoltaikanlagen als bevorzugte Sonderformen der Gestaltung der Anlagen verwiesen und folgendes ausgeführt:

„Als Agro- Freiflächenphotovoltaikanlagen werden hier Anlagen verstanden, die eine parallele Fortführung wertschöpfungsträchtiger landwirtschaftlicher Nutzungsoptionen (Mehrfachnutzungskonzepte) ermöglichen. Dabei werden die Anlagen in Linienstrukturen angelegt, so dass sich Flächen zur Energiegewinnung und Flächen zur landwirtschaftlichen Bewirtschaftung abwechseln. Dies ist eine Sonderform von Freiflächenphotovoltaikanlagen. Insbesondere bei steigender Bodenqualität sollten solche Konzepte angestrebt werden. Damit kann der Flächenverlust für die landwirtschaftliche Produktion verringert werden.“

Das Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Landwirtschaft steht den bisherigen Planungen zur Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage ablehnend gegenüber.

2 Land Brandenburg - Landesamt für Umwelt; Stellungnahme vom 27.05.2024

2.1 Fachabteilung Immissionsschutz

Sachstand Planung

Mit der Planaufstellung werden Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Errichtung einer Freiflächen- Photovoltaikanlage nördlich der Ortslage Grassau der Stadt Schönewalde angestrebt. Hierfür soll eine ca. 19,8 ha große Fläche überwiegend als sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Photovoltaikanlage“ festgesetzt werden. Zur Einbindung in Natur und Landschaft sind am nördlichen bis nordöstlichen Rand Flächen zur Erhaltung von Bäumen, Sträuchern bestimmt.

Bei dem betrachteten Geltungsbereich handelt es sich um aktuell landwirtschaftlich genutzte Flächen, die nördlich der Ortslage Grassau und südlich einer Tierhaltungsanlage lokalisiert sind. Östlich grenzt die Kreisstraße K6250 an das Plangebiet an und ca. 900 m westlich besteht das Gelände des Fliegerhorstes Schönewalde/Holzdorf (Militärflugplatz). Das Plangebiet des VBP Photovoltaikanlage „Dreiruten“ der Stadt Schönewalde ist ca. 200 m südlich an der K6250 lokalisiert.

Die Planfläche befindet sich außerhalb von Siedlungsbereichen und ist südlich und westlich von Landwirtschaftsflächen umgeben. Nördlich bis nordöstlich bestehen Waldflächen (Kiefernforst). Die nächstgelegene schutzwürdige Nutzung befindet sich in ca. 500 m Entfernung südlich der geplanten Sondergebietsflächen mit Wohnbebauung am Rand der Ortslage Grassau.

Nach dem Flächennutzungsplan für die Stadt Schönewalde (ehemalige Gemeinde Themesgrund) ist das Plangebiet als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt.

Stellungnahme

Rechtsgrundlagen:

Gemäß § 50 Satz 1 BImSchG sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen und von schweren Unfällen im Sinne des Artikel 3 Nummer 13 der Richtlinie 2012/18/EU in Betriebsbereichen hervorgerufene Auswirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienende Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete, insbesondere öffentlich genutzte Gebiete, wichtige Verkehrswege, Freizeitgebiete und unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvolle oder besonders empfindliche Gebiete und öffentlich genutzte Gebäude, soweit wie möglich vermieden werden.

Die übergebenen Planunterlagen Stand Vorentwurf vom 31.01.2024 wurden hinsichtlich der Übereinstimmung mit den Erfordernissen des vorbeugenden Immissionsschutzes geprüft. Danach sind ausgehend von der Standortlage, dem Nutzungsbestand in der näheren Umgebung sowie der Art der geplanten Bauflächennutzung (Sondergebiet Photovoltaik) keine Bedenken gegen das Ansiedlungsvorhaben erkennbar.

Bei einer Photovoltaik-Freiflächenanlage handelt es sich aus immissionsschutzrechtlicher Sicht um eine nichtgenehmigungsbedürftige Anlage. Nach § 22 BImSchG muss der Betreiber solcher Anlagen diese so errichten und betreiben, dass nach dem Stand der Technik vermeidbare schädliche Umweltbeeinträchtigungen verhindert werden.

Von Photovoltaik-Freiflächenanlagen können schädliche Umwelteinwirkungen (elektromagnetische Felder, Lärm sowie Blendungswirkung) ausgehen. Hierzu sind im vorliegenden Umweltbericht entsprechende Beschreibungen und Bewertungen der vorhabenbedingten Umweltauswirkungen (bau-, anlage- und betriebsbedingt) auf die Schutzgüter Mensch und Klima/Luft enthalten. Darüber hinaus gehende Ergänzungen oder weiterführende Untersuchungen sind nach aktuellem Kenntnisstand nicht erforderlich.

Hinweis: Für die Bewertung von Blendwirkungen auf Straßen- oder Schienenverkehr besteht seitens des LfU keine Zuständigkeit.

Die Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlage ihre Gültigkeit.

2.2 Fachabteilung Wasserwirtschaft

Grundsätzliche Hinweise zu den wasserwirtschaftlichen Belangen

Das Plangebiet grenzt an ein Gewässer II. Ordnung (Grassauer Flurgraben). Die Pflicht der Unterhaltung obliegt nach § 79 Abs. 1 Nr. 2 BbgWG den Unterhaltungsverbänden. Der zuständige Unterhaltungsverband sollte beteiligt werden. Das Plangebiet schließt Gewässerrandstreifen ein. Das WHG enthält mit dem § 38 eine Vorschrift zum Schutz von Gewässerrandstreifen. Die Vorschrift regelt die Zweckbestimmung von Gewässerrandstreifen (Absatz 1), die räumliche Ausdehnung (Absätze 2 und 3) und die in den Gewässerrandstreifen geltenden Verbote (Absätze 4 und 5).

Während der Durchführung von Baumaßnahmen besteht die Möglichkeit der Verunreinigung von Gewässern durch wassergefährdende Stoffe. Es ist sicherzustellen, dass durch die Einhaltung einschlägiger Sicherheitsbestimmungen eine wassergefährdende Kontamination vermieden wird (§ 1 BbgWG, § 5 Abs. 1 WHG).

3 Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum; Stellungnahme vom 21.05.2024

Im Bereich des o.g. Vorhabens sind derzeit keine Bodendenkmale im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbGDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. Bbg.9, 215 ff) §§ 1(1), 2(1)-(2) registriert.

Ungeachtet dessen können im Zuge von Erdarbeiten aller Art noch nicht registrierte Bodendenkmale entdeckt werden. In diesen Fällen gilt BbGDSchG § 11, wonach entdeckte Bodendenkmale bzw. Funde (Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Knochen, Tonscherben, Metallgegenstände u.Ä.) unverzüglich der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen sind. Die Entdeckungsstätte und die Funde sind bis zum Ablauf einer Woche unverändert zu erhalten, damit fachgerechte Untersuchungen und Bergungen vorgenommen werden können. Gemäß BbGDSchG § 11(3) kann die Denkmalschutzbehörde diese Frist um bis zu 2 Monate verlängern, wenn die Bergung und Dokumentation des Fundes dies erfordert. Besteht an der Bergung und Dokumentation des Fundes aufgrund seiner Bedeutung ein besonderes öffentliches Interesse, kann die Frist auf Verlangen der Denkmalfachbehörde um einen weiteren Monat verlängert werden. Die Denkmalfachbehörde ist berechtigt, den Fund zur wissenschaftlichen Bearbeitung in Besitz zu nehmen (BbGDSchG § 11<4>). Die/der Veranlasser/in des des Eingriffs in das Bodendenkmal hat die Kosten der fachgerechten Dokumentation im Rahmen des Zumutbaren zu tragen (BbGDSchG § 7<3>).

Aus Gründen der Planungssicherheit und um eventuell auftretende Verzögerungen im Bauablauf zu vermeiden, besteht für die/den Vorhabenträger/in die Möglichkeit, eine bauvorbereitende archäologische Prospektion im Vorhabenbereich durchführen zu lassen (vgl. Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien (VV EED) vom 20. Juli 2023, Amtsbl. 32 v. 16.08.2023). Hierbei handelt es sich um eine kostengünstige und schnell durchführbare Maßnahme. In einem Abstand von 25 m werden Bodenproben entnommen und nach kulturellen Hinterlassenschaften (Tonscherben, Knochen, Metallgegenstände u.Ä.) untersucht. Fällt das Ergebnis der Prospektion positiv aus, sind weitere bodendenkmalpflegerische Maßnahmen gem. BbGDSchG §§ 7(3), 9(3) und 11(3) abzuleiten und i.d.R. bauvorbereitend durchzuführen. Fällt das Ergebnis der Prospektion negativ aus, kann im untersuchten Abschnitt auf weitergehende Schutz- und Dokumentationsmaßnahmen verzichtet werden.

Die bauausführenden Firmen sind über die genannten Auflagen und Denkmalschutzbestimmungen zu unterrichten und zu ihrer Einhaltung zu verpflichten.

Sollten beim Rückbau der PV-Anlage Erdeingriffe im Bereich von Bodendenkmalen stattfinden, sind diese nach BbGDSchG §9 erlaubnispflichtig.

Das BLDAM steht für eine Beratung mit der/dem Veranlasser/in der Maßnahmen gern zur Verfügung und ist im weiteren Verfahren zum Bebauungsplan zu beteiligen.

Hinweise:

Es können jederzeit neue Bodendenkmale auftreten. Änderungen bzw. Ergänzungen des Bodendenkmalbestandes sind jederzeit möglich und zu berücksichtigen. Die Denkmalliste wird kontinuierlich fortgeschrieben.

Unsere Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der

Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange gem BbgDSchG §17 (1)-(4).

Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Haus gegebenenfalls eine weitere Stellungnahme.

4 Landesbetrieb Forst; Stellungnahme vom 23.04.2024

Mit dem vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 29 "Solarpark Grassau 2" der Stadt Schönewalde ist Wald im Sinne des § 2 Waldgesetz des Landes Brandenburg nicht betroffen. Forstrechtliche Belange werden nicht berührt.

5 Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR; Stellungnahme vom 31.05.2024

Die im Landesbüro vertretenen anerkannten Naturschutzverbände Brandenburgs bedanken sich für die Beteiligung und übermitteln Ihnen nachfolgend ihre Stellungnahme, Äußerung und Einwendung zum o.g. Verfahren:

Es befinden sich schon mehrere Solarparkanlagen in der Gemeinde. Dabei handelt es sich um kleinflächige Photovoltaik-Freiflächenanlagen. Es sollen zwei weitere bei Bernsdorf und Dubro entstehen. Dachflächen werden innerhalb der Gemeinde bereits für Photovoltaik genutzt. In der Gemeinde befinden sich Flächen die mit Stromleitungen und Windkraftträdern überbaut sind. Die Flächen sollten auf ihre Tauglichkeit für Photovoltaik überprüft werden, da dort bereits eine Vorbelastung der Fläche und des Landschaftsbildes besteht. Sollte es sich um ertragreiche landwirtschaftliche Flächen handeln, ist dies jedoch ein Ausschlusskriterium vor Photovoltaik.

Allgemeine Hinweise

Das Brandschutzkonzept ist nicht vor Baubeginn sondern vor Planbeschluss vorzulegen, da sich durch ein effektives Brandschutzkonzept erhebliche Planänderungen ergeben können.

Die Eingrünung ist so vorzunehmen, dass sie ganzjährig funktionalen Sichtschutz bieten kann. Soll die entsprechende Fläche jedoch auch als Fläche für Maßnahmen zur Pflege, zum Schutz und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft festgesetzt werden, wären zusätzlich regional- und standorttypische Gehölze und Pflanzen auszuwählen.

Die Rückführung der Flächen zurück zu landwirtschaftlichen Erzeugungsflächen ist vertraglich zu regeln. Der Rückbau aller baulichen Anlagen muss rückstandslos erfolgen und die Wiederherstellung des natürlichen Bodengefüges einfordert werden. Zudem sollte mit dem neuen Pflegeregime der Aufbau einer Humusschicht angestrebt werden, damit der ökologische, aber auch wirtschaftliche Wert der Fläche über die Jahre gesteigert werden kann.

Zum Solarpark Grassau 1

Aus der Planzeichnung geht hervor, dass das Biotop 07153 „einschichtige oder kleine Baumgruppen“ nicht komplett erhalten bleiben soll/kann. Alle Gehölzstrukturen sind zu erhalten. Fällungen und Rodungen im Rahmen der Errichtung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien können nicht befürwortet werden, in keinem Umfang. Eine Fällung von Habitatbäumen ist in jedem Fall auszuschließen und untragbar für die vorgelegte Planung.

Es müssen entsprechende Entfernungen zwischen den westlichsten Modulreihen und dem Gra-

benbiotop eingehalten werden.

Die Ackerbrache zur Kompensation der verloren gehenden Feldlerchen Bruthabitate ist auf Dauer so zu pflegen, dass diese für die Feldlerchen weiterhin ein attraktives Bruthabitat für diese Art bleibt. Demnach ist eine voranschreitende Sukzession zu vermeiden und die Fläche regelmäßig in ihrer Sukzessionsphase auf den Ausgangspunkt zurückzusetzen.

Beim angestrebten Standort für den Solarpark handelt es sich um gute Böden für die Landwirtschaft. Der Lehmantel im Boden hilft bei der Wasser- und Nährstoffbindung, die Pflanzenverfügbarkeit beider Ressourcen ist damit deutlich höher als auf rein sandigen Böden. Vergleyte Böden können eine Herausforderung für die Bewirtschaftung darstellen, es wäre mit einer entsprechend angepassten Bewirtschaftungsform und -methode entgegenzusteuern um höchst mögliche Erträge zu erzielen. Der größte landwirtschaftliche Flächenanteil in Brandenburg weist geringe Ertragswerte auf, weshalb diese Bewertung im Sinne des Erhalts der landwirtschaftlichen Ernährungssicherung in Brandenburg zu vernachlässigen ist. Würden alle Flächen mit geringen bis mittleren Ertragswerten in Brandenburg anderen Nutzungen zugeführt werden, bräche die Versorgungskette gänzlich ein. Böden mit guten Bodenwerten und geringen bis mittleren Ertragswerten sind der Landwirtschaft weiterhin vorzubehalten. Die Ernährungssicherung des Landes Brandenburgs kann nicht der Erzeugung erneuerbarer Energien und finanzieller Ressourcen zurückgestellt werden. Damit würde längerfristig auch das Schutzgut Mensch und Gesundheit gefährdet. Ferner wäre für diesen Standort eine Kombination aus Ackerbau und Photovoltaik in Frage kommen. Die Möglichkeiten zur Umsetzung von **Agri-PV** sind ordentlich zu prüfen.

Die Lage nahe des Flughafens ist jedoch vorteilhaft, da in einem Brandfall die Bundesfeuerwehr nicht weit entfernt stationiert ist.

Zum Solarpark Grassau 2

Auch hier handelt es sich um Böden mit ausgesprochener landwirtschaftlicher Wertigkeit. Es wird erneut die Erprobung von **Agri-PV** empfohlen, sollte am Standort festgehalten werden.

Für diesen Standort sind im Besonderen die Hinweise zum Brandschutz zu beachten.

Wir bitten um weitere Beteiligung und um Mitteilung des Abwägungsergebnisses.